

Bezugspreis: Vierteljahr 7.50 M., monatlich 2.50 M., ...

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 23. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Bildung der Regierung in Preußen.

Eine Koalitionsregierung.

Wenig erwünscht wird den meisten Parteigenossen die Nachricht kommen, daß auch in Preußen eine Koalitionsregierung unter Einziehung des Zentrums gebildet werden soll...

Die Ministerliste behält für die Sozialdemokratie eine Reihe besonders wichtiger Ministerien vor, insbesondere das Ministerium des Innern, die Finanzen und die Landwirtschaft...

Das Ministerium, das der Präsident der Landesversammlung Leinert am Dienstag berufen wird, setzt sich, wie wir erfahren, folgendermaßen zusammen:

Ministerpräsident: Paul Hirsch (Soz.). Als Unterstaatssekretär ist für spätere Zeit Göhre (Soz.) in Aussicht genommen.

Innere: Wassmann Heine (Soz.), Unterstaatssekretär der bisherige Bürgermeister von Altona Schnadenburg (Dem.).

Justiz: Am Jahnhoff (B.), Unterstaatssekretär Heinemann (Soz.).

Kultur: Konrad Haenisch (Soz.), Unterstaatssekretär Prof. Tröltzsch (Dem.) und ein Mitglied des Zentrums.

Finanzen: Südekum (Soz.).

Landwirtschaft: Otto Braun (Soz.).

Volkswohlfahrt: Stegerwald (B.), Unterstaatssekretär Gräfe-Krauffurt (Soz.).

Eisenbahnen: Deser (Dem.), Beigeordnete werden Penner (Soz.), Parimann (Dem.) und ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften.

Handel: Fischbeck (Dem.), Beigeordneter Hue (Soz.).

Als Fraktionsredner zur Debatte über die Regierungserklärung wurden von der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Haas, Cohn und Schredl-Vielersfeld bestimmt.

Wie aus der Fraktion der U. S. P. D. mitgeteilt wird, hat sie an die Sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung folgenden Schreiben gerichtet:

Auf Ihre Anfrage, ob die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten der Preussischen Verfassungsgebenden Landesversammlung bereit ist, in ein Ministerium einzutreten, erwidern wir namens unserer Fraktion, daß wir im voraus die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Freilassung aller politischen Inhaftierten fordern.

Ferner verlangen wir: 1. Einordnung des Räte Systems in die Verfassung, einschließlich der Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindevverwaltung und in den Betrieben.

2. Vollige Auflösung des alten Heeres und des durch Freiwilligenkorps gebildeten Soldnerheeres, Entwaffnung des Bürgerwehrs, Errichtung einer Volkswache aus den Reihen der kassenbewachten Arbeiterschaft, Selbstverwaltung der Volkswache und Wahl der Führer durch die Mannschaften, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

3. Sicherung aller durch die Revolution errungenen politischen Freiheiten.

4. Trennung von Staat und Kirche, Verwirklichung der Schule, sofortige Einführung der Einheitschule.

5. Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stützen.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung: Die Ueberführung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische

muß unmittelbar in Angriff genommen werden, die wichtigsten Produktionsmittel in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr, der Grund und Boden sowie die Bodenschätze sind als Volkseigentum zu erklären und unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen...

7. Unabdrückliche Vertretung dieser Forderungen bei der Reichsregierung, scharfsten Widerstand gegen alle Maßnahmen der Reichsregierung, welche die Verwirklichung dieser Forderungen verhindern.

Adolf Hoffmann, Dr. Kurt Rosenfeld.

Die Vorgänge in Ungarn.

Einführung der Zensur.

Budapest, 24. März. (HR) Gestern fand hier eine Versammlung der Volkskommissare mit den Direktoren und Eigentümern der Theater, Kinos und anderer Vergnügungsorte statt, in der ein neungliedriges Komitee gewählt wurde, bestehend aus Schriftstellers usw., welches die Leitung aller Theater übernahm...

Alle diese Nachrichten stammen aus ungarischer Quelle und zwar von Stellen, die der Sowjet-Regierung nachsteht. In völligen Widerspruch hierzu steht eine zweite Meldung der HR. Danach sind die Forderungen der ungarischen Sowjet-Regierung, über die Vorgänge in Budapest größtenteils falsch. In Budapest herrscht Panik. Von einem Anschlag des Bundes an die Räte-Republik ist vorläufig keine Rede...

Das Echo in Wien.

Wien, 24. März. Gestern fand hier eine Versammlung der Wiener Kommunisten statt, die sich zu einer Sympathie Kundgebung für die ungarischen Kommunisten gefolgt. Die verschiedenen Redner verlangten die Auflösung des Parlamentes und Einführung des Räte Systems auch für Deutschösterreich. Unter den Rednern waren auch Gäste aus dem Reich, drei Soldatenräte aus Bayern, die die Grüße der Bayern überbrachten...

Die englische Presse zur Umwälzung.

London, 24. März. (HR) Der Eindruck der bolschewistischen Veränderung in Ungarn war in London tief. Allgemein widersetzte man sich dem Hinauschieben der Beratungen in Paris, wobern man die Macht über Zentraleuropa verlor. Daily News sagen, daß sie vor dieser Gefahr bereits vor Koruten gewarnt hat und daß man sie durch die raschfälligen Maßnahmen hervorgerufen habe. Daily Chronicle bringt einen ausführlichen Leitartikel über den Ernst der Lage in Ungarn und zwar auch über seine Wirkung auf die drei wichtigsten Nationen Rumänien, Polen und Tschecho-Slowakei...

Der Eindruck in Frankreich.

Paris, 24. März. Die Pariser Blätter besaßen sich mit den Ereignissen in Ungarn und meinen, daß das, was jetzt in Budapest geschieht, vielleicht ein Modell für das künftige wird, was in Berlin folgen kann, wenn Deutschland sich den Friedensbedingungen zu entschlüssen trachtet. Es gäbe nur zwei Mittel, diesen Schlag abzuwenden: Die Alliierten müßten den Bolschewismus in Ungarn vertreiben, bevor es zu spät ist und Rumänien und Bulgarien vor dem Bolschewismus retten. Die Konferenz müßte weiter Deutschland das neue Sprungbrett nehmen und neue Maßnahmen treffen, um den russischen Bolschewismus auszurufen.

Das Treiben der Reaktion.

Das Treiben der Reaktion ist ein Skandal, der zum Himmel hinauf. Die monarchistischen Straßenkundgebungen vom Sonntag haben ihm die Krone aufgesetzt. Wir fragen die Regierung, ob sie noch lange geduldig zusehen will.

Als die Revolution so verlief, daß keinem der Schuldigen auch nur ein Haar gekrümmt wurde, waren wir stolz darauf. Mit einem vielleicht etwas übertriebenen Parteilichkeit behandelten wir diese Herren als andersdenkende Mitbürger, die nur durch ihren Irrtum in Schuld geraten waren, und gaben ihnen jede Freiheit, deren sich ein Angehöriger der jungen Deutschen Republik erfreuen kann. Die Reaktion hat diese Großmut der Revolution nur mit Frechheit belohnt.

Darum ist es notwendig, noch einmal die Rechnung aufzumachen. Es soll versucht werden, sie auf eine kurze Formel zu bringen, obwohl sie lang ist.

Im Sommer 1914 wurde Deutschland von der Monarchie und der militaristischen Reaktion in den verhängnisvollsten aller Kriege gestürzt. Die Sozialdemokratie wehrte sich verzweifelt, aber es half nichts — sie war ja „vaterlandlos“ — und das Unglück brach herein.

Die „vaterlandlose“ Sozialdemokratie wollte das Volk nicht zugrundegehen lassen, sie stellte ihre Kräfte zur Abwehr der feindlichen Uebermacht zur Verfügung. Sie tat das unter der Bedingung, daß dieser Krieg als ein reiner Verteilungskrieg geführt werden und als solcher so rasch wie möglich beendet werden müsse. Das ward ihr zugesagt, man hat sie schamlos belogen und betrogen.

Nun waren mit ihrer Hilfe die ersten Siege erkämpft, als sich ein brutaler Annexionskrieg breit zu machen begann. Durch ihn wurde die Sozialdemokratie vor dem Ausland in übelster Weise kompromittiert und in ihrer Arbeit für den Verständigungsfrieden, die allein Rettung bringen konnte, gelähmt.

Die Sozialdemokratie erkannte ganz richtig, daß in einem Kriege wie in diesem, bei einem solchen Kräfteverhältnis, die Abwehr feindlicher Eroberungsgelüste das Höchstmögliche des Erreichbaren war. Das war der sogenannte Scheidemannfriede. Unzählgemale ist während des Krieges hier gesagt worden, daß nur die höchste militärische Leistung in Verbindung mit vollkommener außenpolitischer Beschränkung den Erfolg der deutschen Verteidigung sichern könne. Frühzeitig wurde hier ein billiger Frieden im Anschluß an Wilsons Grundzüge propagiert. Der Erfolg Beschränkung, Verleumdung und Maßnahmen der Zensur.

Systematisch wurde das deutsche Volk über die Kräfte, die ihm entgegenstanden und über die Schwere der ihm drohenden Gefahr hinweggeläuscht. Wäre es erlaubt gewesen zu sagen, daß bei dem gegebenen Kräfteverhältnis die Niederlage wahrrscheinlicher sei als der Sieg, der Glanz an einen Erobererrieg aber platter Wahnsinn sei, daß Deutschland in der — kaum noch abzuwehrenden — Gefahr liege, deutsches Land und deutsches Gut dem Feinde hinzugeben zu müssen, der letzte Mann wäre bis zum letzten Hauch für die nationale Verteidigung eingetreten. Und hätte Deutschland das aufrichtige ungeschämte Wohl eines Landes gegeben, das für seine Freiheit, für nichts als seine Freiheit, gegen jedwache Uebermacht kämpft, so wäre es nicht am Hof der ganzen Welt zugrunde gegangen, wie es tatsächlich an ihm zugrunde gegangen ist.

Die alldeutsch-militaristische Reaktion hat durch ihren verfluchten Stimmungsschwandel die nationale Verteidigung sabotiert, die deutsche Sache vor aller Welt und einem Teil des eigenen Volkes ins Unrecht gesetzt, die moralische Kraft der Armee untergraben, den Gegnern der Landesverteidigung Wasser auf ihre Mühle geliefert.

Die sozialdemokratische Fraktion bewilligte die Kredite, weil sie fürchtete, daß die Ablehnung unmittelbar zum Zusammenbruch führen würde. Sie bewilligte die Kredite, weil sie die Dinge so sah, wie sie waren, nicht wie die alldeutschen Windbeutel sie darstellten, weil sie wußte, daß Deutschland am Abgrund hing, und daß ein Windhauch seinen Sturz herbeiführen konnte. Sie wollte nicht ein Gran der Verantwortung dafür tragen, wenn es wirklich zur Katastrophe kam.

Die Unabhängigen waren aber nichts als ein Nebenprodukt des Alldeutstums. Auf der äußersten Rechten wie auf der äußersten Linken ging man von der gleichen falschen Beurteilung des Krieges aus. Weil sich der alldeutsche An-

nerionismus gar so wild und laut gebärdete, hielten ihn die Unabhängigen für eine schwerere Gefahr als den ententistischen. Sie glaubten wohl gar, das schwache England und das unglückliche Amerika gegen deutsche Raubabsichten schützen zu müssen. Sie verweigerten die Kredite, weil sie einem Jertum unterlagen, der von den Alldeutschen genährt wurde. Es hätte kein Abgeordneter die Kredite verweigert, es hätte keine Spaltung der Sozialdemokratie gegeben, wenn die Sache der deutschen Verteidigung nicht von der militaristischen Reaktion geschändet worden wäre.

Die Sozialdemokratie forderte freiheitliche Reformen, um die moralische Widerstandskraft des Volkes zu beleben und die Stimmung der Welt günstig zu beeinflussen. Auch hier zäher Widerstand der ewig Unbelehrbaren — man denke nur an die passive Resistenz des weiland preussischen Herrenhauses gegen die Wahlrechtsvorlage.

Der Wahnsinn überfiel sich förmlich in Vrest. Dito wsl. Hier konnte Deutschland zeigen, wie ein anständiger und kluger Gegner den geschlagenen Feind behandelt. Aber auch hier wurden alle sozialdemokratischen Ratschläge in den Wind geschlagen, Rußland wurde ein Gewaltfriede aufgenötigt, der militärisch die Entlastung im Osten verbänderte, politisch jetzt unseren siegreichen Feinden als Vorbild dient.

Ist das alles? Nein, von manchem, vielleicht dem wichtigsten, war noch nicht die Rede. Nicht vom aberwärtigen U-Boot-Krieg, von der Vereinigung Amerikas in den Kampf, von der Lüge, daß die Amerikaner nicht schwimmen und nicht fliegen könnten, daß sie nicht kommen würden. Kurz, die alldeutschen Reaktionen haben im Krieg alles schlecht gemacht was die Sozialdemokraten gut zu machen versuchten, sie haben dem Reich und der Partei, die das Reich zu seiner Rettung brauchte, der Sozialdemokratie, den schlimmsten Schaden zugefügt.

Denn ein Teil des Hasses, den sich jene reichlich verdient hatten, fiel auch auf uns. Das Ausland und ein — wenn auch kleiner — Teil des Inlandes wollte den zähen erbitterten Kampf nicht sehen, den wir gegen die Volkverderber führten, sie starteten nur auf die Reden, die wir gleich ihnen bewilligten. Der Verdacht entstand, als ob zwischen ihnen und uns etwas Gemeinsames sei: wir schütteln ihn als die schlimmste Verleumdung, die man uns zufügen kann, ab.

Jetzt kämpfen wir für einen gerechten Frieden und für die Erhaltung der Demokratie gegen rechts und links. Und müssen wir es hier nicht auch wieder erleben, daß uns dabei idiotische Tüde in den Rücken fällt? Was ist im gerechten und notwendigen Kampf gegen den Spartakismus durch junckerliche Schnarröhre und militaristische Ausschreitungen nicht schon alles verdorben worden? Darüber müssen wir uns klar sein: Wenn die ungeheuer schwierige Mission, die unsere Partei am deutschen Volk zu erfüllen hat, in Gefahr gerät, so kommt das zum großen Teil daher, daß die Arbeit mit der rechten noch nicht gründlich genug war, daß der militaristisch-monarchistisch-alldeutsche Uebermut unter der halbsozialdemokratischen Koalitionregierung wieder in die Holme schlich und innen wie außen alle vernünftigen Absichten der Regierung zu durchkreuzen verlor, so wie er es während des Krieges mit dem bekannten Erfolg getan hat.

Betrachtet man zu allem die Ludendorff-Kundgebung vom Sonntag, so muß man sich fragen: Können Menschen überhaupt so dumm sein, nicht zu bemerken, daß sie durch ein derartiges Verhalten dem Vaterlande, das sie mehr als andere zu lieben vorgeben, den entsetzlichsten Schaden zufügen? Und gibt es kein Mittel, sie an der Anstiftung weiterer Schäden zu hindern? Kann sich die Regierung nicht die nötige Autorität verschaffen — neun Beinhel des Volkes stehen in diesem Fall hinter ihr —, um gegen solche Elemente mit der nötigen Entschiedenheit vorzugehen? Ist nicht genug, übergenug?

Die Arbeitslosigkeit in England.

Enormes Ansteigen der Arbeitslosenziffer.

Haag, 24. März. Aus London wird gemeldet: Die Anzahl der Arbeitslosen, die am 7. März in England Unterstützung erhielten, betrug 892 282, hat aber inzwischen 1 Million überschritten. Da unter befinden sich ungefähr 200 000 demobilisierte Soldaten und 485 000 Frauen. Seit November 1918, wo die Anzahl der Arbeitslosen etwa 70 000 betrug, hat sich diese Ziffer schnell und regelmäßig um durchschnittlich 66 148 pro Woche gesteigert.

Von der östlichen Front.

Ein deutscher Parlamentarier von den Polen erschossen.

Berlin, 24. März. An der tschechisch-böhmischen Grenze wurde eine eigene Feldarmee südlich Friedland von Tschachen beschossen. Von allen Teilen der polnischen Front sind Patrouillenaufmärsche und kleinere Angriffe der Polen zu berichten, die Stimmung unserer Truppen ist daher äußerst erdittert. Vor allem im Regimentsgebiet südlich Schneidemühl-Fromberg, gegen den sich die tschechischen Vorkämpfer gerichtet haben. Im Abschnitt Thoren wurden von zwei zu den Polen entwichenen Parlamentariern der eine nach Ueberwältigung der Grenze getötet, der andere verwundet. Im Galizien sind Truppen der tschechischen Regierung bis an die Gdau Ostlich und nördlich Witau gelangt.

Riefenkundgebung in Danzig.

Für die Zugehörigkeit zu Deutschland.

Danzig, 24. März. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine Riefenkundgebung von sechzigtausend begeisterten Deutschen remonstrierte unter freiem Himmel für ein deutsches Danzig. Sie verlangte, daß die Reichsregierung keinen Frieden unterzeichnet, der Danzig an Polen ausliefern. Es wurden neun Redner sämtlicher politischer Parteien außer den Unabhängigen. Die Mitglieder der amerikanischen Lebensmittellkommission beobachteten die Kundgebung vom Hotelkeller aus. Eine an Wilson gerichtete und der Reichsregierung übermittelte Entschliebung enthält folgende Sätze: Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht der Völker für uns. Danzigs Geschichte und Kultur ist nur deutsch, nichts Polnisches hat an ihr jemals einen Anteil gehabt. Achtundneunzig Prozent unserer Mitbürger sind deutsch. Jede Bestimmung des Friedensvertrages, die uns vom Mutterlande losreißt, ist der Keim neuer Kriege. Danzig deutsch für immer!

Steuerfragen im Verfassungsausschuß.

Der Verfassungsausschuß beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung aus äußeren Gründen nicht mit der Fortsetzung der Debatte über den Reichsrat, sondern er nahm den Artikel 7 des Entwurfs in Beratung, der die Besteuerung über das Zollwesen ausschließlich dem Reich überweist. Dieser Artikel stellt die Frage der Erbschaftsteuer für Reich und Gliedstaaten auf. Der alte Grundgedanke, daß dem Reich die indirekten und den Einzelstaaten die direkten Steuern gehören, ist ja schon vor dem Krieg und während des Krieges lassen gelassen worden. In einem konföderativ-nationalliberalen Antrag wird aber noch vorgeschlagen, daß die Besteuerung des Einkommens ausschließlich den Einzelstaaten vorbehalten bleiben soll. Gegen diesen Antrag wenden sich alle übrigen Parteien des Ausschusses. Der Abg. Rohmann (Soz.) erklärt als Referent: Es ist ein notwendiger Schritt mit dem alten Zustand eingetreten. Das Reich nehme jetzt das Recht der Besteuerung über alle Steuern und Abgaben für sich in Anspruch. Damit ist dem Reich das Recht eingeräumt, auch Steuern von Einkommen zu erheben. Der Antrag, den Ländern die Einkommensteuer ganz oder bis zu einer gewissen Höhe zu belassen, ist bei den gewaltigen Bedürfnissen des Reiches unzulässig. Wir lehnen deshalb dahingehende Entwürfe ab. Ein Antrag Adlachs (Dm.) will mit den indirekten Steuerarten die der Einzelstaaten aufräumen. Mit diesem Antrag erklärt sich Abg. Reil (Soz.) einverstanden. Er hält außerdem die unbedingte Zuständigkeit des Reiches auf dem Steuergebiet für dringend notwendig.

Die Aussprache wird um 7 1/2 Uhr abends auf Dienstag vor-mittag 9 Uhr vertagt.

Sozialdemokratische Erklärung zur Verfassungsfrage.

Weimar, 24. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zu Beginn der heutigen Sitzung der Verfassungs-Kommission gab der Abg. Quast (Soz.) im Namen seiner Freunde folgende Erklärung ab:

In den beiden letzten Sitzungen der Preussischen Landesversammlung vom 21. und 22. März sind von verschiedenen Seiten Äußerungen über den Beschluß unseres Verfassungsausschusses zur Bildung des Reiches gefallen, gegen die meine Freunde und ich bei der ersten sich bietenden Gelegenheit schärfste Verwahrung einzulegen für nötig halten. Der demokratische Abgeordnete Quast hat von unserem Beschluß als von einer „unwürdigen Majorisierung Preußens“, der Unterstaatssekretär Dr. Freund von einer „Vergewaltigung Preußens“, die in Weimar beschlossen worden sei, gesprochen. Und der preussische Ministerpräsident Dierck sagte zu unserem Beschluß, daß „er bei der Entente laute Freude erwidern müßte“, die preussische Regierung werde sich tatkräftig bemühen, ihn „zu Fall“ zu bringen. Außerdem wurde unser Beschluß mit den Bestrebungen vermischt und ihnen gleichgestellt, die angeblich oder wirklich auf eine Loslösung bestimmter Reichsteile vom ganzen Reich hinauszielen. Schon die Form dieser Angriffe geht weit über das Maß hinaus, das die Parlamentare der aus einer und derselben Volksbewegung entstandenen deutschen Reichsrepublik für ihre gegenseitige Kritik beachten sollten. Aber auch der Inhalt der erwähnten Äußerungen ist völlig unzutreffend. Unser Beschluß ist von dem ernstlichen Streben befeuert, unter einer nach Möglichkeit veränderten Reichsgewalt nicht eine Ferkelung oder Aufteilung des Reiches oder Preußens, sondern eine nach demokratischen Grundsätzen und nach dem Willen der Bevölkerung angustrebenden gleichmächtigen Gliederung des Reiches in große Selbstverwaltungsgemeinde anzubahnen. Wir weisen also die durch nichts begründeten Angriffe der preussischen Landesversammlung mit aller Entschiedenheit zurück.

Quast, Juchacz, Roggenstein, Vogel, Vaber, Fischer-Berlin.

Keine Antastung der Beamtenrechte.

In der Beamtenerschaft kursieren die wildesten Gerüchte über bevorstehende Kündigung der lebenslänglichen Anstellung usw. Wir erfahren hierzu, daß die Reichsregierung nach wie vor nicht daran denkt, die wohlverordneten Rechte der Beamten irgendwie zu kürzen. Sie hält an dem einmal aufgestellten und feierlich verkündeten Programm vom 13. Februar fest.

Als Minister — als Parteimann.

Er kann auch anders!

Im Abgeordnetenhause hat Adolf Hoffmann erklärt, als Kultusminister habe er in der Frage der Trennung von Kirche und Staat eine Verhandlung gesucht und insbesondere „an eine entgegenkommende finanzielle Regelung der Frage gedacht“, als Parteimann werde er jetzt aber dafür eintreten, daß die vielen Millionen für die Kirche glatt gestrichen werden.

Als Parteimann wird Adolf Hoffmann dann natürlich auch den mehrheitssozialistischen Minister „Verräter“ und „Schlappschwanz“ nennen, der die von Adolf Hoffmann, dem Minister, erstrebte Verhandlung in die Zeit umlegt. Denn das ist ja die Taktik aller Unabhängigen: sie schimpfen auf und verhöhnen Sozialisten, sobald wir etwas von dem tun, was die Unabhängigen angestrebt haben, — solange sie selbst Minister waren!

Landrichter Huben-Effen legt gegenüber Ausführungen der gegenwärtigen Rechte Wert auf die Festhaltung, daß er im Hinblick auf die Arbeit der sogenannten Reuere-Kommission in Vorbereitung der Sozialisierung des Vergabens gewesen ist und seit etwa einem Monat fastlich den Arbeiten dieser Kommission völlig fernsteht.

Landrichter Huben ist auch nicht, wie behauptet wurde, Volkswirt, sondern Wehrheitssozialist.

Urteer.

Von Dr. H. Lux.

Dieser geheimnisvolle Name verheißt einen in das Brenndendste Wirtschaftsprüfung der Gegenwart, in unsere Kohlenwirtschaft. Von der Länge jetzt Deutschlands Sein oder Nichtsein ab. — An dieser Stelle soll aber beiläufig nicht das ganze Problem in seiner weitestgehenden Bedeutung aufgezogen werden; nur ein kleiner Auschnitt sei dargestellt, er allein genügt schon, um die fundamentale Bedeutung der Sozialisierung unserer Kohlenwirtschaft darzutun.

In unseren Steinkohlen ruhen für jedes Kilo 8000 bis 8000 Wärmeinheiten aufgeschichtet. Wäre es möglich, die Verbrennungswärme vollständig in mechanische Arbeit umzuwandeln, so könnten mit jedem Kilo Steinkohle, in der Stunde verbrannt, rund 19 Pferdekraften geleistet werden. In Wirklichkeit beträgt die Ausnutzung bei den besten Dampfmaschinen nur etwa 15 Proz., die bei kleineren Maschinen bis auf 2 Proz. heruntersinkt. Bei der Heizung werden selbst in den besten Dauerbrandöfen nur bis 20 Proz. der in den Kohlen aufgeschichteten Wärme ausgenutzt. Diese Verluste werden gegenwärtig wie ein Schicksal in Kauf genommen. Sie wären noch erträglich, wenn auf dem Wege der Dampfheizung, der Heizanlagen, nur Holz, nicht oder Steinkohle, wie sie gebrannt wird, verbrannt würde. Die Verluste steigen sich nämlich noch dadurch, daß bei der einfachen Verbrennung der Steinkohle alle die wertvollen Stoffe verloren gehen, oder erst gar nicht entstehen können, die bei einer rationellen Verwertung der Kohlen erhalten und verwertet werden könnten. Diese Verluste sind es hauptsächlich, die vermieden werden müssen, und die schon auf Grund des heutigen Standes der Technik sehr wohl vermieden werden können.

Verbrennen wir die Steinkohle nicht mit offener Flamme, erhitzen wir sie vielmehr unter Luftabschluss in geschlossenen Gefäßen, so erhalten wir als Produkt dieser trockenen Destillation ein Gemisch von Gasen und Dämpfen, während in den Destillationsgefäßen mehr oder weniger reiner Kohlenstoff in der Form von Koks und Retortengraphit zurückbleibt.

Für die meisten Anwendungsgebiete ist Koks ein ebenso geeignetes Heizmaterial wie die Steinkohle. Für häusliche Zwecke muß sogar die Steinkohle erst zerlegt werden, ehe sie Verwendung finden kann. Die bei der Verkohlung entstehenden Dämpfe und Gase bilden den Teer, Teerwasser, Ammoniakwasser und Benzolgas. Bei der Leuchtgasgewinnung sind Koks, Teer, Ammoniak und Cyan die Abfallstoffe; bei den gewerblichen Kokereien dagegen bilden Benzolgas und wieder Teer, Ammoniak und Cyan die Nebenprodukte. Beide Arten der Kohlenvergasung sind in der Gegenwart erst rentabel geworden, nachdem die Abfallstoffe zur Ausnutzung kamen. Koks eine Tonne Steinkohle rund 10 K. (lang u's bet), so erhöht sie durch die Verkohlung und Gewinnung der Nebenprodukte eine enorme Wertsteigerung, die sich durch folgende Zahlen ausdrückt: Koks 12,16 K., Gas 6,60, Teer 1, Ammoniak 2,43, Benzol 0,55, zusammen 22,66 K.

Man kann aber auch die Steinkohle vollständig vergasen, indem man den entstehenden Koks in sog. Wasserzoo, ein Gemisch von Wasserstoff und Kohlenoxyd, verwandelt. Dieses Verfahren empfiehlt sich vielleicht allgemein, jedenfalls aber dort, wo der entstehende Koks an sich mindwertig ist.

Auf einen Blick ist also zu übersehen, welcher Raubbau gegenwärtig noch immer mit der Kohle getrieben wird, wenn man sie einfach mit offener Flamme verbrennt. Dabei sind die Verluste noch nicht eingerechnet, die in der entgangenen Wertsteigerung durch Weiterverarbeitung des Teeres enthalten sind. Es ist bekannt, daß unsere große deutsche chemische Industrie ihre wesentliche Bedeutung durch die Verwendung des Teeres gewonnen hat. Fast alle heute zur Verwendung kommenden Farbstoffe, sehr wertvolle Klebstoffe, eine Reihe der wichtigsten Arzneimitteln und Antiseptika führen auf den Teer zurück. Lassen wir aber die in der Weiterverarbeitung des Teeres enthaltene Wertsteigerung außer acht, so ergibt sich bei einer Steinkohlenförderung von 101,6 Millionen Tonnen (1913), von denen nur 37 Millionen Tonnen Koks gewonnen wurden, eine glatte Vergeudung von rund 1,5 Milliarden K. im Jahre.

Dazu kommen aber noch weitere materielle Verluste, deren Bedeutung uns erst durch den Krieg ganz zum Bewußtsein gekommen ist. Es stellt uns ein einem dem Volkswirtschaftler gleichwertigen Dämpfungsvergabung abfällt, können wir schon heute einen erheblichen Teil des landwirtschaftlichen Stickstoffbedarfes decken. Reinsten wir die Kohlenvergasung generell, so erhielten wir vollkommene Deckung und darüber hinaus noch Deckung des Stickstoffbedarfes der chemischen Industrie zur Herstellung der Salpetersäure. Es fehlt uns weiter an Petroleum und damit auch an Benzin, Treibölen und Schmierölen. Bei einer allgemein durchgeführten Kohlenvergasung können wir hier auf die Kohleneinfuhr ganz verzichten, wenn wir uns mit Benzin und Teerölen begnügen. Aber wir sind heute sogar in der Lage, Benzin, Treib- und Schmieröle besser Beschaffenheit direkt bei der Kohlenvergasung zu erzeugen. Der entstehende Teer weist nämlich eine sehr verschiedenartige Beschaffenheit auf, je nachdem sich die Kohlenvergasung bei hoher oder bei verhältnismäßig niedriger Temperatur vollzieht. Heute vergast man in den Leuchtgasanstalten und den gewerblichen Kokereien die Kohlen meist bei einer Temperatur von 800—1200 Grad. Der hierbei erhaltene Teer ist dann bereits ein Verfestigungsprodukt des ursprünglichen Destillationsproduktes, das von Prof. Dr. Franz Fischer vom Institute für Kohlenforschung „Urteer“ genannt wird. Reicht man die Vergasungstemperatur aber so, daß sie zwischen 500—600 Grad liegt, so gewinnt man den erhaltene Teer durch einen großen Reichtum hochwertiger Schmieröle (10—15 Proz.), leichtflüchtiger Öle, Benzin (15—33 Proz.) und festen Paraffines als Produkte, die wir während des Krieges und auch jetzt noch schmerzhaft entbehren mußten, weil sie nur in den Petroleum erzeugenden Ländern, die uns abgeschnitten waren gewonnen werden. Diese Stoffe können wir jetzt selbst bei der Kohlenvergasung erzeugen, dazu sogar noch das Leuchtgas selbst, dessen Reden die so überaus empfundene Beleuchtungsnot auf dem Lande und in der Stadt geschaffen hat.

Diese Andeutungen dürften genügen, um die enorme Wichtigkeit der Kohlenvergasung für den gesamten Volkswirtschaft darzutun. In der kritischen Situation, in der sich unser Volk gegenwärtig befindet, bedeutet die reifliche Lösung der Vergasungsfrage gleichzeitig aber auch die Lösung der Krisenfrage für uns. Würde die Vergasung vollständig durchgeführt werden, so lämen wir für unseren eigenen Bedarf mit der Hälfte, die bis-

leicht sogar mit einem Drittel der bisherigen Kohlenförderung aus, während uns der Rest als Rohungsmittel an das Ausland zur Verfügung käme (vorausgesetzt natürlich, daß die Kohlenarbeiter das Gehör der Stunde beizubehalten). Es ist deshalb von ganz grundlegender Bedeutung, daß jedes offene Verbrennen von Steinkohlen — in einem späteren Stadium aber auch das von Braunkohlen — nach Möglichkeit vermieden wird. Das kann aber natürlich nicht der Willkür oder dem ausen Willen von einzelnen überlassen bleiben. An deren Stelle hat die gesellschaftliche Regelung der Kohlenverbrennung zu treten.

Technische Schwierigkeit, wie sie wegen des verschiedenen Verhaltens einzelner Kohlenarten beim Vergasen auftreten, können hiergegen nicht ins Feld geführt werden; der Tiefemperatur-Vergasung bei unmittelbarem darauffolgender Verwendung des noch glühenden Kokes in Wasserzoo kann jede einzelne Kohlenart unterworfen werden, und der Verbraucher erhält dann eben Gas und nicht mehr Kohle zu seiner Verfügung. Ueber die technischen Probleme, die sich hieraus ergeben, soll ein anderwärts berichtet werden. Im Grunde liegt die Schwierigkeit bei der Regelung der Materie auch weniger auf technischem, als auf ökonomischem Gebiete. Die Regelung kann rationell und konsequent nur durchgeführt werden durch die Verstaatlichung des ganzen Kohlenbergbaues, die jetzt in die Wege geleitet worden ist.

Notizen.

— Theater. Mitte April findet die Erkaufführung der Tragödie „Sonnensinnernis“ von Ernst Holz im Schauspielhaus statt.

— Orientaus Rastfolger in München. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Heidelberg erfährt, ist Prof. Max Weber auf den Lehrstuhl Lujo Brentanos in München berufen.

— Der Bildhauer Franz Wegner ist 46 Jahre alt an den Folgen der Influenza gestorben. Er kam vom Handwerk, wurde Professor an der Wiener Kunstgewerbeschule und kam dann nach Berlin zurück, wo er, der plattische Schmuß, des Akademikerverbandes von ihm stammt. In Österreich hat er zahlreiche Denkmäler geschaffen. In Deutschland ist sein Name mit dem Völkerschicksal verknüpft. Seine Plastik hat den Zug ins Gewaltige, ja eher ins Ueberwältigende und Uebersteigerte. Seine letzten Arbeiten waren eine Reliefs- und Dendendurabstufung.

— Prof. Otis Schrader, einer unserer bekanntesten Sprachforscher, ist in Dresden gestorben. Er hat einer Methode zum Durchbruch verholfen, die die aus Urkunden nicht erschließbare Vorgeschichte der Menschheit aus der Sprachvergleichung rekonstruieren wollte. Besonders auf die indogermanische Vorgeschichte (Kultur und Ursprung der Indogermanen) an. So wenig die Sprachvergleichung allein solche Probleme lösen, so fruchtbar kann sie doch werden in Verbindung mit einer vergleichenden Wirtschaft- und Kulturgeschichte der Völker. Und wenn sie auch in der Festlegung auf ein bestimmtes Volk vielleicht nur zu Unzulustigkeiten führt, so kann sie doch den allgemeinen Entwicklungsprozess erschließen. Die Wissenschaft verbannt Schrader ein Realistion der indogermanischen Altertumskunde, das große Publikum eine populäre Darstellung der Indogermanen. Auch die Forschungen V. Sedus über Herkunft der Hausiere und Kulturpflanzen hat er fortgesetzt und bereichert.

Vollversammlung der A.- und S.-Räte Groß-Berlins.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Die Diskussion über das Wahlsystem zum Rätekongress wurde fortgesetzt.

Richard Müller: Wir aus der U. S. V. müssen es ablehnen, nach den vom Zentralrat aufgestellten Bestimmungen die Wahl vornehmen zu lassen. Das vom Zentralrat herausgegebene Wahlreglement ist kein Reglement für das Räteystem. Mit Bezirkswahlen verlassen wir den Boden des Räteystems und stellen uns auf den Boden der Nationalversammlung und der Gemeindevahlen. Mit Hilfe eines nach Bezirkswahlen zustande kommenden Kongresses wollen die Mehrheitssozialisten den Boden vorbereiten, um die Arbeiterräte abzumürfen. Das betrachten wir als einen Verrat am Räteystem und werden uns dem mit allen Mitteln widersetzen.

Der Redner führte aus, der Zentralrat habe am 30. Januar — wo die Berliner Vollversammlung der A.- und S.-Räte zuerst die Einberufung des Kongresses forderte — bis zum 2. März Zeit gehabt, den Kongress vorzubereiten, aber er habe nichts getan. Der Kongress sei bereits mit dem Zentralrat darin einig geworden, daß die Wahlen hier in der Vollversammlung vorgenommen werden sollen. — In Bayern, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Leipzig, Braunschweig wird nicht nach den Bestimmungen des Zentralrats gewählt. Es werden also Delegierte auf dem Kongress erscheinen, die teils nach Bezirks-, teils nach Betriebswahlen gewählt sind. Wie sich der Kongress dazu stellen wird, wissen wir nicht. Grundverleumdung wäre es, wenn der Antrag der Kommunisten angenommen würde, wonach wir uns weber an den Wahlen nach am Kongress beteiligen sollen. — Ich habe noch nie so viel Unvermögen bemerkt wie im Zentralrat. Wir werden ihm auf dem Kongress lauern, was notwendig ist. — Wir schlagen vor, die Wahl hier vorzunehmen. Sollte der Kongress unter 16 Mandate für ungenügend erklären, dann werden sich so viele revolutionäre Elemente finden, die mit uns zusammen beschließen, was zur Erhaltung des Räteystems notwendig ist. Sollte der Zentralrat die Wahl ausschreiben, so beschließen Sie, daß sich die Arbeiter unter keinen Umständen an der Wahl beteiligen. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Der Redner beantragte folgende Resolution:

„Die Vollversammlung lehnt eine Wahl der Delegierten zum Rätekongress nach den Bestimmungen des Zentralrats ab. — Sie erklärt in dem Bezirkswahlsystem einen bössartigen Versuch, einen Rätekongress zustande zu bringen, der die Schaffung einer Räteorganisation nach dem Wunsch der Regierung und der Führer der Mehrheitssozialisten gewährleisten soll. Die Vollversammlung lehnt es ab, an diesem Verrat mitzuwirken. Sie hält noch wie vor an dem Betriebs- und Berufswahlsystem fest.“

Die Vollversammlung fordert die verstärkte Veröffentlichung Groß-Berlins auf, sich an den ausgeschriebenen Bezirkswahlen nicht zu beteiligen.“

Strasser (S. P. D.): Meine Fraktion lehnt den Antrag der Kommunisten ab und tritt ein für Neuwahlen nach Bezirken. Nach dem Beschluß der Vollversammlung am 28. Februar ist der Zentralrat berechtigt, den Kongress einzuberufen und die Vorarbeiten zu machen. Wenn die Meinung der Arbeiter wirklich zum Ausdruck kommen soll, dann darf man nicht für Betriebswahlen eintreten. Wer auf dem Boden des allgemeinen, gleichen Wahlrechts steht, der muß anerkennen, daß nur nach Bezirken gewählt werden darf. Daß die Kommunisten nicht auf diesem Standpunkt stehen, ist begreiflich, denn sie sind ja für die Diktatur. Aber die Mitglieder der U. S. V. sollten sich nicht auf diesen Standpunkt stellen. So scheint die U. S. V. fürchtet, bei Bezirkswahlen viele ihrer Anhänger zu verlieren und erwartet andererseits, daß

bei den Betriebswahlen die Mehrheitssozialisten eine Anzahl ihrer Vertreter verlieren werden. Es ist mit zierlicher Gewisheit anzunehmen, daß wenn wir die Bezirkswahl ablehnen und die Arbeiter einem solchen Beschluß Folge leisten, der Kongress die betreffenden Mandate als ungültig erklären wird. Die nach dem Bezirkswahlsystem Gewählten können ja gar nicht anders entscheiden. Wir werden auf unsere Liste an erster Stelle unsere Mitglieder in den Betriebsräten stellen. Wenn die U. S. V. es eben so machen würde, dann würden ja bei den Bezirkswahlen ihre Anhänger auch durchkommen. So würde ja auch die Meinung der Arbeiter am richtigsten zum Ausdruck kommen. (Beifall.) Es scheint, daß Sie Angst haben vor der wirklichen Meinung der Arbeiter. (Widerspruch.) Sie sagen, Ihnen gehört die Zukunft. Also brauchen Sie doch nicht zu fürchten, im Wege der Bezirkswahl die Meinung der Arbeiter festzustellen. Wir sind aus Gerechtigkeit für die Bezirkswahlen, selbst wenn wir dabei schlechter abschneiden sollten wie Sie. Es scheint aber, viele Ihrer Mandate sind auf eine so geringe Mehrheit gestützt, daß Sie fürchten, die Wahl werde für Sie

ein Gericht über den Generalstreik

werden und was damit zusammenhängt. Es ist hier der Ausdruck Parteibanden gefallen. In kurzem wird man auch von Sozialisten reden. — Es steht jetzt fest, daß am Sonntag gewählt wird. (Rufe: Nein, nein!) Wenn man auch über das Wahlsystem streiten kann, so müssen wir uns doch jetzt einheitlich auf den gegebenen Boden stellen und an dem vom Zentralrat ausgeschriebenen Wahlen teilnehmen. (Beifall rechts.)

Nach weiterer bewegter Debatte, in der Toden den Angriffen auf den Zentralrat entgegen, Däumig Drohungen gegen einen nicht nach Mehrheit seinem Willen zusammengesetzten Kongress ausließ und Herzfurt (Kommunist) behauptete, der für den 8. April angelegte Kongress werde nicht zustandekommen, weil bis dahin die militärische Gegenrevolution zur Macht gekommen sein werde, teilte Richard Müller mit, daß die Fraktionsvorstände folgenden

Kompromißvorschlag.

unterbreiten:

Nach dem Reglement des Zentralrats kann von Neuwahlen abgesehen werden, wenn bereits früher Wahlen nach den Richtlinien, das heißt nach dem Verhältnisystem, zustandekommen waren. Das trifft für Berlin zu. Die Wahl kann also in der Vollversammlung vorgenommen werden, wenn nicht von einer Parteiorganisation Einspruch erhoben wird. Die S. P. D. hat Widerspruch erhoben, also müßten wir nach den Bestimmungen des Zentralrats wählen. Wenn aber die S. P. D. ihren Widerspruch zurückzieht, steht der Wahl durch die Vollversammlung nichts im Wege. Der Vorstand der S. P. D. Fraktion erklärt jetzt, er werde bei seiner Organisation für Zurücknahme des Widerspruchs wirken. Ich schlage deshalb vor, die Vollversammlung jetzt zu vertagen und die Wahl in der nächsten Versammlung vorzunehmen, die am Mittwoch, 10 Uhr, im Germaniaaal stattfinden und die übrige Tagesordnung erledigen wird. Die Versammlung war mit diesem Vorschlag einverstanden.

Spät abends wird uns gemeldet:

Es ist technisch unmöglich, die Wahlen zu den Arbeiterräten, die am kommenden Sonntag, den 30. März, vorgenommen werden sollten, für die Landkreise Teltow-Teuslow, Charlottenburg, Niederbarnim in so kurzer Zeit vorzubereiten und durchzuführen. Infolgedessen ist die Wahl auch für Berlin gegenstandslos geworden.

arbeiten sofort freigegeben. Endlich soll die Verteilung des Wohnungsverbandes an der Märkischen Heimstätte (Zielungsband für Groß-Berlin und Brandenburg) so anstehen, daß Staat, Wohnungsverband und Grobwig sich mit je 8 1/3 Millionen Mark beteiligen und zu gleichen Rechten die Fälligkeit der Bank übernehmen.

Entschädigungsprozesse.

Ein Rechtsanwalt schreibt uns, daß noch mehr Freude als die Kenntnis der Staat daran hat; die Gerichtsinstanzen sind, besonders bei diesen größeren Summen rund das fünffache der Anwaltsgebühren. Uebrigens können die Beschädigten sich ihre Rechte durch Zahlungsbefehl wahren, welche ihnen gar keine Anwaltskosten verursachen; dadurch wird die Frist um 6 Monate ver-

überlassen werden sollte, wogegen diese das Begründnis auf sich nahmen. Bei dieser Gelegenheit zeigte Sörine sich nicht von der zeitigen Seite; sie wünschte, daß man weit und breit von der Beerdigung spräche. Die alte Karen kam standesgemäß in die Erde, als sie auf ihr gelebt hatte.

Auch Stine war bei dem Begräbnis zugegen — wie es natürlich war, da sie allein sich wirklich um die Tote gekümmert hatte. Aber auf dem Kirchhof wachte sie sich so wenig zu beherrschen, daß Vars Peter Hansen sie beiseiteführen mußte, damit sie den Parrer nicht hörte. Sie sei immer so maßlos in ihren Gefühlen gewesen, fand man.

Uebrigens änderte sich Stine gerade in diesem Punkte ganz merklich. Nachdem Grohchen unwiderrücklich perikuliswunden war, kam sie gewissermaßen mehr zur Ruhe. Sie ging ihrer Arbeit nach, war nicht gerade guter Laune, fiel aber auch nicht weiter unangenehm auf. Vars Peter machte die Beobachtung, daß Stine und die Mutter nicht mehr aneinander gerieten. Das war doch immerhin ein erfreulicher Fortschritt!

Stine hatte ihren Entschluß gefaßt. Es kostete sie Ueberwindung, unter einem Dach mit der Mutter zu leben, und am allerliebsten wäre sie wegelaufen. Aber dann würde es heißen, sie könne es nicht zu Hause aushalten, weil sie einen Stiefvater habe, und dieser Gedanke empörte ihr Gerechtigkeitsgefühl. Auch die Sorge für die kleinen Bekwörter fesselte sie; was sollte aus denen werden, wenn sie von Hause fortging?

Sie blieb — und richtete sich auf ihre Weise mit der Mutter ein. Sörine war freundlich und rücksichtsvoll gegen sie, daß es fast peinlich war; aber Stine tat, als merkte sie das nicht. Alle Annäherungsversuche von Seiten der Mutter walteten an ihrem Starren ab. Sie war ein kleiner Trotzkopf und führte durch, was sie sich in den Kopf gesetzt hatte — die Mutter war nicht für sie vorhanden.

Sörines Augen folgten ihr heimlich in einem fort — sie hatte Angst vor Stine. War das Kind bei dem Ereignis in Karens Hütte gewesen, oder war sie erst später gekommen? Sörine war nicht sicher, ob sie in der Dunkelheit an jenem Abend nicht selber einen Stuhl umgestoßen hatte. Wieviel wachte Stine? Daß sie mehr wachte als auf war, konnte die Mutter auf ihrem Gesichte lesen. Sie hätte viel dafür gegeben, um zu erfahren, was dem Kinde bekannt war, und umkreiste immer wieder diese Frage — ihren unsicheren, bingelnden Blick auf das Mädchen richtend.

längert, und bis dahin wird ja wohl ein Ergänzungsgefeß geschaffen sein.

Die U. S. V.-Gemeindevorsteherkonferenz war von 180 Teilnehmern aus 68 Gemeinden besetzt. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschliegung gefaßt, die die preussische Regierung auffordert, schleunigst dafür Sorge zu tragen, daß unter Einführung des Einkammersystems ein einheitliches Groß-Berlin geschaffen wird. Die kommunalen Arbeiterräte sollen auch nach den Wahlen bestehen bleiben, die Befugnisse der kommunalen Arbeiterräte in der Städte- und Landgemeindevorsteherkonferenz festgelegt und in allen Gemeinden Groß-Berlins der 1. Mai als Feiertag anerkannt werden.

Heble Clements unter den Regierungstruppen.

Sonntag vor acht Tagen gingen zwei Soldaten, die Gewehre quer vor die Brust (!) gebängt, über die Kurfürstendamm, also Patrouille. Ihnen entgegen kam ein 53jähriger Techniker, der sich — da die Vorbahnwelle dort recht hoch ist — an den vorderen vorbeidrücken wollte. Der eine rief darauf die Schulter absichtlich hoch, so daß der Gewehrlauf dem Mann eine Rißwunde am Kopf beibrachte, die noch am 8. Tage deutlich zu erkennen war. Als der Herr um vernünftiges Tragen der „Anarchie“ — er war schon Soldat, als der Bursche noch in den Windeln lag — erwiderte, wurde er von dem Strolch beschimpft und schwer bedroht; alles per Du. Der Herr kam ihm dann auch noch nach, wiederholte seine Gemeinheiten, schante es aber ab, den Veleidigten und Mißhandelten auf die Kommandantur zu führen. Dort verhielt man sich zuerst abweisend, bis Hauptmann Karg dazu kam und Unterdrückung versprach. Als der Verletzte seinen Mißweg antrat, stand derselbe Soldat noch Posten auf der Brücke. Bis heute hat der Veleidigte keine Nachricht über die Unterdrückung. — Am vorletzigen Donnerstag sah von einer der Brücken beim Schloß ein Soldat immerzu ins Wasser — auf Enten. Dazu hat er jedensfalls die Waffe. Braucht nur ein aufgeregter Posten die Schiffe zu hören dann ist die wildeste Schiesserei fertig.

Aber weber Polizei nach Soldaten sieht man in dem Viertel der wilden Händler, deren ungeordneter Geschäftsbetrieb eine direkte Förderung des Einbrechertums darstellt, das hier unfehlbar keine Leute verdrängen kann.

Drei aktive Soldaten des 3. Garde-Regiments, die Grenadiere Otto Seidel, Heinrich Schmidt und Fritz Bürger, besuchten Sonnabend abend eine „Gauernschänke“ in der Friedrichstraße. Dort saßen sie, daß eine Dame eine Anzahl Hühnerfleisch in ihrer Handtasche hatte. Als die Damen zahlen wollten kamen sie ihnen zuvor, verließen vor ihnen die Wirtschaft und laurten ihnen an der Ecke der Dorottheen- und Friedrichstraße auf. Als die Damen hier vorbeikamen, sprang einer von ihnen zu, entriß der Trägerin die Handtasche und fiel mit der Boute davon. Die Tasche enthielt 1000 M. Ihr Erbeuter war Seidel. Die beiden anderen suchten seine Verfolgung zu verhindern, er wurde aber trotzdem ergriffen. Seidel hatte aber noch Zeit gefunden, seine Beute den beiden Militäern zuzuflecken, und diese waren, als man sich ihnen zuwenden wollte, mit einer Kraftdrohke davongezogen. Am Leichter Wohnhof teilten sie sich den Raub und gingen damit nach ihren Wohnungen in der Wäckerstraße. Hier wurden sie festgenommen. An dem geraubten Gelde fehlten nur 50 M., die sie für die Kraftdrohke hatten bezogen müssen.

Gerandfordern Eisenbahn-Schäbigkeit.

So losbar und auch jede Zelle Blau ist — zu dem empörenden Skandal auf dem Potsdamer Ringbahnhof schweigen wir nicht länger. Dort und vermutlich auch auf anderen Bahnhöfen ist erlaubt man sich sogar am Sonntag abend die letzte Gerandforderung, nur einen einzigen Schalter geöffnet zu halten, so daß die Gartenlöcher bis auf die Straße hinaus stehen und oft genug ihren Halbhundenzug wegfahren lassen müssen.

Verkehrsdirektorium, ist der der Unterschied zwischen Berlin und Strömwindel noch nicht aufgegangen? Oder kannst du unter 275 000 Arbeitslosen nicht die nötigen paar Gartenverläufer aufstellen? Und jetzt willst du wohl wieder monatlang Ästen nützen. Treffer! Angenehm ungewöhnliche Belegung des Kachelartenverkaufs auf dem Potsdamer Ringbahnhof? Wir aber stimmen ein in dein allgemeinem Ruf: Verdammte Schweinerei!

Gelogen ist es, wenn die „Freiheit“ behauptet, der „Vorwärts“ habe jeden Grenzbericht der Garde Schützen-Kavallerie-Division gebrad; die meisten dieser Berichte haben wir nicht gebracht. Dafür aber kommen unsere Berichte über Grenzboten gegen Reglementsbahnen großenteils von Arbeitern und Arbeiterinnen, die voll Empörung ihre Wahrnehmungen schildern. Wir haben davon noch manches liegen, es fehlt und nur der Raum.

„Es ist furchtbar, sich vorzustellen, daß Grohchen so einsam sterben mußte.“ sagte sie mehrmals, in der Hoffnung, daß das Mädchen sich vertragen würde. Aber Stine schwieg hartnäckig.

Eines Tages überraschte Sörine Lars Peter damit, daß sie eine größere Geldsumme auf den Tisch vor sich hinlegte. „Nehmen wir davon hauen? Was glaubst du?“ fragte sie.

Lars Peter sah sie an. Er war überrumpelt.

„Dieses Geld habe ich durch den Verkauf von Eiern, Butter und Walle zusammengeput.“ sagte sie. „Und dadurch, daß ich euch hungern ließ.“ fügte sie mit einem unsicheren Lächeln hinzu. „Ich weiß recht gut, daß ich ein Geizhals gewesen bin; aber das Ergebnis kommt euch nun zugute.“

Es kam so selten vor, daß sie lächelte. „Wie gut ihr das im Grunde steht!“ dachte Lars Peter, und er sah sie verliebt an. Sie war in der letzten Zeit froher und besser geworden — die Aussicht, es ein wenig gemütlich zu bekommen, hatte das wohl bewirkt.

Er zählte das Geld — es waren über dreihundert Taler. „Das ist ein guter Schritt vorwärts.“ sagte er. Als er am nächsten Abend nach Hause kam, hatte er Flegelsteine auf dem Wagen, und jeden Abend in der nächsten Zeit brachte er Material zum Umbau mit nach Hause.

Die Leute, die an dem Eifernecht vorbeikamen, schen, wie das Bauholz und die Mauersteine sich anhäufen, und in der Abendstunde das Gerede an. Es nahm seinen Anfang damit, daß davon gemunkelt wurde, die Alte habe doch wohl mehr hinterlassen, als bekannt wurde. Von da aus äherte dieser oder jener die lose Vermutung, die alte Karen sei vielleicht seines ganz natürlichen Todes gestorben. Andere konnten bezeugen, daß sie Sörine vom Eifernecht her auf dem Wege nach dem Dorfe gesehen hätten, an demselben Nachmittag, an dem ihre Mutter starb. Und Stiid für Stiid formte sich das Gerücht, daß Sörine ihre eigene Mutter ermordet habe. Stine war — außer der Mutter — die einzige, die richtig Bescheid geben konnte, und an sie war nicht heranzukommen, wenn es sich um die Verhältnisse innerhalb der Kamille handelte — geschweige denn bei einer Weltgäuberei wie dieser. Aber eigentümlich war es, daß sie gerade im entscheidenden Augenblick gekommen sein sollte, und noch mehrwichtig war es, daß sie mit der Nachricht vom Tode der Großmutter zu Ber Nielsen floh und nicht nach Hause.

(Schluß folgt.)

Groß-Berlin

Der Fiskus gibt Land her.

Nach einem Abkommen zwischen dem Fiskus und dem Zweckverband erhält dieser einen 12 Hektar großen Spielplatz unentgeltlich an der Kronprinzen-Allee in Dahlem. Der Fiskus verleiht ferner an neun Stellen in Groß-Berlin in ähnlicher Weise je 120 Hektar — 500 Morgen Siedlungsland zu so niedrigen Preisen an den Wohnungsverband, daß daraus Wunderebemittelte und Kriegsbeschädigte im Kleinbau mit Garten angefaßt werden können. Viele Wunderebemittelte werden für die Bau-

Stine Menschenkind.

Von Martin Andersen Nexø

In der Morgenstunde erwachte sie, weil es sie kor; Grohchen war tot und kalt. Das Entsetzliche stand ihr auf einmal klar vor Augen; bestig fleidete sie sich an und floh. Ohne auf Weg und Steg zu achten, lief sie in der Richtung auf das Heim zu; aber als sie den Weg erreichte, der nach dem Meere abzog, schlug sie diesen ein und bebielt die Richtung nach Ber Nielsens Hof bei. Elend und erschöpft kam sie dort an. „Grohchen ist tot!“ rief sie immer wieder und schaute von dem einen zum anderen, Entzihen im Bild. Etwas anderes konnte man nicht aus ihr herausbekommen. Als man sich anschickte, sie nach Hause ins Eifernecht zu begleiten, begann sie zu schreien. Da brachte man sie zu Bett, damit sie zur Ruhe kommen könnte.

Am Laufe des Tages erwachte sie, und Ber Nielsen kam zu ihr herein. „Na, nun wirst du wohl daran denken, nach Hause zu kommen.“ sagte er. — „Es ist ja das beste, ich begleite dich.“

Stine starrte ihn an, die Augen voll Angst.

„Ist es dein Stiefvater, vor dem du dich fürchtest?“ fragte er. Sie antwortete nicht.

Frau Nielsen kam ins Zimmer.

„Ich weiß nicht, was wir tun sollen.“ sagte er. „Denn sie hat Angst, nach Hause zu kommen. Der Stiefvater ist gewiß nicht gut zu ihr.“

Aber da wandte sich Stine heftig nach ihm um. „Ich will gern nach Hause zu Lars Peter.“ sagte sie schluchzend.

19.

Die Erbschaft.

Auf die Nachricht vom Tode der alten Waren erschienen hier ihrer Kinder, um ihre Interessen wahrzunehmen und um darauf zu achten, daß die anderen sich nichts aneigneten. Die anderen vier, die sich auf der anderen Seite des Weltmeeres befanden, konnten sich ja aus guten Gründen nicht einstellen.

Wes war nicht vorhanden — kein roter Keller war zu finden, soviel man auch suchte, in dem aufgeschüttelten Bettzeug und an anderen Orten; außerdem ergab sich, daß das Haus bis zum Dachstuhl besetzt war. So verobredete man denn, daß das wenige, das vorhanden war, Sörine und ihrem Rana

Gegen die Zerstückelung Preußens.

Preußische Landesversammlung.

2. Sitzung, Montag, den 24. März, nachm. 2 Uhr.
Am Regierungstische: Girsch, Gaenisch, Braun u. a.
Präsident Leinert eröffnet die Sitzung nach 2 1/2 Uhr.
Das Haus geht die Besprechung der förmlichen Anfragen der Deutschnationalen und Demokraten bei.

Unzweckmäßigkeit und Unverfehrtheit des preußischen Staates
und die die Lösung der Rheinlande von Preußen in Verbindung mit den dazu gestellten Anträgen Graf-Frankfurt und Genossen fort.

Abg. Dr. Heß (S.):

Man hat am Sonnabend ein kleines niedliches Kesseltreiben gegen das Zentrum veranstaltet. Die Frage der westdeutschen Republik ist weder eine Parteifrage noch eine Fraktionsfrage. In dem Ausmaß haben vier Zentrumskollegen, zwei Reichstagsdemokraten und zwei Herren von der Deutschen Volkspartei und ein Demokrat gefesselt. Ist es das gerecht, Ihre ganze zur Schau getragene Entschiedenheit auf das Zentrum zu übertragen? Erst als den anderen Parteien plötzlich die entscheidende Furcht kam, in einer solchen westdeutschen Republik könnte vielleicht das Zentrum die Mehrheit haben, da erblickte Ihr preußischer Patriotismus das Licht der Welt. (Sehr richtig im Zentrum.) Wir haben aber nie daran gedacht, eine lediglich aus dem linksrheinischen Gebiet oder bloß aus der Rheinprovinz bestehende westdeutsche Republik zu gründen, sondern sie soll etwa

Westfalen, Rheinland und Hessen-Rhassau

umfassen. Das sind 7 Millionen Katholiken und 5 Millionen Evangelische. Haben nicht zahlreiche andere Vorkommnisse in Preußen seit Monaten in der Luft gelegen? Ich erinnere an Herrn von Batocki und Reichsminister Dr. Brüggemann. War also diese Hebe anständig? Herr Sieder von den U. S. macht in Entrüstung gegen uns, wirft uns vor, wir arbeiten der Entente in die Hände, der Vertreter derjenigen Partei, die mit russischen Büdeln das deutsche Vaterland ruiniert. (Große Unruhe bei den Unabh. Sog.) Wir haben in keinem Augenblicke mit dem Gedanken einer Lösung vom Reiche gespielt. Wir sind Deutsche und wollen es bleiben. (Beifall im Zentrum.)

Unterhaushaltsekretär Dr. Freund: Es ist sehr zweifelhaft, ob die Hessen-Rhassauer und die Westfalen in ähnlicher Weise von Preußen wegstreben wie angeblich die Rheinländer.

Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. Sog.):

Die Woche fängt gut an! Heute sollte die Regierung gebildet werden aus Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten. Wir haben eben ein Beispiel von dieser Artigkeit gesehen. Wir sind die lachenden Dritten. Es ist hier wiederholt behauptet worden, es sei die Wirtschaftlichkeit der Arbeiter- und Soldatenräte eine Ursache für die Lösungsbestrebungen gewesen. Die berühmte Geschichte von den 800 Millionen ist ja alt und aus der Luft gegriffen. Der Redner verliert eine Schatulle der deutschen Fürsten, deren Jahressumme er auf 41 1/2 Millionen beziffert. Auch hier liegt die Hauptsache wieder beim Kapital. (Lebhafter Widerspruch.) Die Sozialisten haben Geld für die Schamlose und skandalöse Agitation gegeben, um der Vermögensabgabe zu entgehen. (Großer Lärm im Zentrum.) Die Lösungsbestrebungen für eine rheinische Republik laufen ganz einfach auf den rheinischen Kirchenstaat hinaus. (Widerspruch im Zentrum.) Deswegen wird auch die niederträchtige Hebe gegen uns ins Werk gesetzt wegen der auf Trennung von Kirche und Staat gerichteten Bestrebungen. (Widerspruch Dr. Freund: Herr Abgeordneter, ich nehme an, daß Ihr Vorwurf der Niedertracht nicht gegen ein Mitglied dieses Hauses gerichtet ist.) Ich bewahre! Wie kann ein Abgeordneter niederträchtig sein! (Große Heiterkeit.) Ich stelle nur fest, daß der angegriffene Erlaß

einstimmig von sämtlichen Reichstagen und beiden Ministern gefaßt worden ist. Der Unterschied ist nur der: Ich habe zu dem, was ich getan habe, während dem Herrn Minister Gaenisch das Herz in die Hose gefaßt ist. Auch der Erlaß für die Aufhebung des Religionszwanges ist von Herrn Gaenisch ebenfalls

ausdrücklich gebilligt. (Lebhafter Beifall, hört im Zentrum.) Als Minister habe ich in der Trennungsfrage nach Verständigung gesucht und im besonderen an eine entgegenkommende finanzielle Regelung der Angelegenheit gedacht; als Parteimann werde ich aber dafür eintritten, daß angesichts der ungeheuren Kollage unseres aus allen Wunden blutenden Volkes die vielen Millionen für die Kirche gestrichen werden. (Große Unruhe im Zentrum.) Auch wir sind gegen die westdeutsche Republik. Die Agrarier wollen ja jetzt eine agrarische Republik in Ost- und Westpreußen bilden. Durch diese Hoffnungen wird das Volk einen bösen Strich machen. (Beifall u. d. Unabh. Sog.)

Abg. v. Dannenberg (Deutsch-Hannoveraner): Wir haben stets dagegen protestiert, daß unser Land preußisch ist. Die neue Regierung aber will uns unser Recht nicht geben. Darum ist sie für uns gerade wie die alte. Die neue Regierung beginnt die Wege der alten zu wandeln. Sie hat im Februar einen vertraulichen Erlaß ergehen lassen, der sich gegen die deutsch-hannoversche Agitation richtet, ihre Versammlungen zu verbieten, anordnet und auch dann im Sinne der alten Replizierzeit die Presse an ihrer Belämpfung heranzieht. Durch diese neuelebte Replizierzeit wird zwischen der Regierung und uns der letzte Rest des Eisbundes zerbrochen. Wir fordern für Hannover das Selbstbestimmungsrecht und lehnen alle Folgen ab, wenn Sie es uns verweigern.

Ministerpräsident Girsch:

Der von dem Herrn Vorredner herangezogene Erlaß hat durchaus nicht den Charakter, den er ihm gegeben hat. Es muß und schadet kein, die Massen darüber aufzuklären wie notwendig die Einheitslichkeit Preußens ist. (Beifall.) Dieses Aufklärungsrecht werden wir und nicht nehmen lassen.

Was die sachlichen Ausführungen des Vorredners anbelangt, so betonen wir ausdrücklich, daß wir der Bildung einer deutsch-hannoverschen Republik gleichermäßen ablehnend gegenüberstehen, wie der Fortsetzung des Rheinlands. Die Deutsch-Hannoveraner pflegen ihre Forderungen mit dem

Wunsch nach der Rückkehr des alten Königshauses

zu begründen. Für solche dynastischen Interessen fröhlt und das Verständnis. Wir müssen uns gegen die deutsch-hannoverschen Absichten nicht nur im Interesse Preußens erklären, sondern auch, um eine Stützung unserer Feinde zu vermeiden. In diesem Augenblicke haben wir zusammenzuleben und dürfen keine Sonderwünsche betreiben. (Lebhafter Beifall.) Eine Volksabstimmung würde vermutlich mit einer großen Mehrheit für das Verbleiben Hannovers bei Preußen abgesehen. (Zuruf der Welfen: Nehmen Sie doch eine Abstimmung vor, mehr verlangen wir ja gar nicht!) Dazu haben wir gar keine Veranlassung. Wir sind überzeugt, daß gerade die urdeutschen Stämme der Rheinlande und Preußen sich in einem geordneten, freiheitlichen Staatswesen wohl fühlen werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Stendel (D. Sp.): Zu dem alten Hannover mit seiner alten Verfassung zurückzukehren, dafür müssen besonders die Ostriften sich bekümmern. Das alte Hannover war ein Amts- und Adelsstaat wie es kaum je selbst Preußen gewesen ist. Wir wollen nicht in Kleinanleierte zurückverfallen.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen und nach dem Schlußwort des Abg. Rung (Sog.) zur Abstimmung gebracht.

Der von sämtlichen Parteien eingebrachte Antrag Graf, der gegen die Einverleibung rheinischer Landesteile nach Frankreich oder Belgien eintritt, erhebt, und den Gedanken eines westlichen Bundesstaates zurückweist, gelangt einstimmig zur Annahme. Der zweite Antrag Graf, der einen entschiedenen Protest insbesondere gegen die Errichtung einer westdeutschen Republik enthält, wird gegen die Stimmen des Zentrums, welches sich der Abstimmung enthält, angenommen.

Darauf wird die Beratung beschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Mitteilung des Präsidenten über die Beratung der Staatsregierung; erste Lesung des Notarats.)

Schluß nach 1 1/2 Uhr.
(Wie wir erfahren, wird am Dienstag voraussichtlich auch die Polenfrage zur Erörterung kommen.)

Sie protestierten gegen die Abtrennung des zu 40 Prozent polnischen Westpreußens — und dann huldigten sie dem Manne, der Kurland, Estland und Livland habe einreden wollen, weil dort ganze 7 Proz. Deutsche wohnen.

Sie protestierten dagegen, daß das deutsche Volk seiner Bodenschätze beraubt würde — und dann huldigten sie dem Manne, der seine Fingerringe bis nach den Petroleumquellen Vasus ausgestreckt hatte.

Sie protestierten gegen die Unterdrückung des Deutschtums im Osten, — und dann huldigten sie dem Manne, der die händische Axt nicht herausgeben wollte, weil er sie „brauchte“!

Wie tief ist doch das Gerechtigkeitsgefühl der Alldeutschen verankert, welchen Eindruck muß ihr Protest machen!

Sozialisierung in Sachsen.

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Genossen Dr. Gradnauer fand am „Buhstage“ im hiesigen Ständehaus eine Konferenz von Parlamentariern und Volkswirten statt, in der über die Sozialisierungspläne der Genossen Dr. Neurath, Schumann und Keanold verhandelt wurde. Auf Einladung der sächsischen Regierung nahmen die Genossen Cunow und Hue an der Beratung teil; Genosse Pilschering war auch geladen, aber am Erscheinen verhindert. Dr. Neurath (Leipziger Handelskammersekretär und Privatdozent) begründete mit seinem Freunde Dr. Schumann seine Sozialisierungspläne. Sie laufen zunächst in der Hauptsache auf die Schaffung eines sächsischen Zentralwirtschaftsrates hinaus, das eine umfassende Sozialpolitik über die heimischen Produktionskräfte und die Lebenslage der sächsischen Bevölkerung aufmachen soll. Auf Grund dieser Erhebungen soll ein sozialistischer Gesamtwirtschaftsplan für Sachsen aufgestellt und die Vollsozialisierung der sächsischen Volkswirtschaft durchgeführt werden. Nicht weniger als 21 Gesetzesentwürfe, die zur sozialistischen Verwaltung des Volkswirtschafts führen, sollen der Vollsozialisierung dienen. Im Sinne der Neurath'schen Pläne hat sich bekanntlich auch die bayerische Zentralkommission der Arbeiter- und Bauernräte ausgesprochen. Neurath und Schumann erklärten, zu dem festen Willen der Reichsregierung, zu sozialisieren, hätten sie kein richtiges Vertrauen, deshalb schlugen sie vor, in Sachsen den wegzureißenden Vorstoß zu machen. Abg. Fleißner (U. S. P.) schloß sich im allgemeinen den Referenten an, sagte aber auch, die Sozialisierung dürfe nicht in Experimentieren ausbrechen. Genosse Cunow sprach sich für die Neurath'schen Vorschläge aus, soweit sie die Aufschwung einer umfassenden Sozialpolitik und die Aufstellung eines Gesamtwirtschaftsplanes angingen. Ohne diese Unterlagen würde man experimentieren und dem Sozialismus schweren Schaden zufügen können. Die Neurath-Schumann'schen Vorschläge seien im übrigen stark ideologisch, sie berücksichtigten allzu wenig die starke Abhängigkeit Sachsens von der Einfuhr an industriellen Rohstoffen und an Lebensmitteln. Selbst wenn Sachsen als „geschlossener Handelsstaat“ sein Auskommen finden könnte, auch dann sei eine partielle Sozialisierung seiner Volkswirtschaft kein ideales Ziel. Genosse Hue warnte ausdrücklich vor einer Unterbrechung des Partikularismus, dieses deutschen Erbteils, auch auf das wirtschaftliche Gebiet. Sachsen sei viel zu abhängig von den angrenzenden deutschen Gliedstaaten und dem eigentlichen Auslande, als daß es eine separate Vollsozialisierung durchführen könne. Auch wenn es sich mit Bayern über den Austausch von Lebensmitteln gegen Industriewaren verständige, werde doch die Tatsache, daß Sachsen ohne Rohstoffzufuhr aus Preußen und überdies aus dem fernem Auslande keine industrielle Tätigkeit von einiger Bedeutung entwickeln könne. Die Durcharbeitung einer gründlichen Sozialpolitik sei notwendig erwünscht, auch die darauf basierende Aufstellung eines Gesamtwirtschaftsplanes. Das aber nehme allein Monate in Anspruch (Neurath selbst rechnete mit 8 bis 8 Monaten bis zur Fertigstellung einer zunächst rohen Sozialpolitik), und dann erst komme der Entwurf des Wirtschaftsplanes, darauf erst die Inangriffnahme der ersten Sozialisierungsgehefte. Damit sei natürlich den Leuten, die eine „sofortige Sozialisierung“ oder „Unternehmungen“ fordereten, nicht gebiert. Das Reichsgesetz betr. die Sozialisierung sei aber nicht nur schon der praktischen Sozialisierung näher getreten als die Neurath'schen Pläne, sondern es lasse auch den Gliedstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden reichlich Spielraum für die Sozialisierungspraxis. Angesichts dieses Gesetzes und der wirtschaftlichen Gesamtlage Deutschlands müsse dringend vor partikularistischen Sozialisierungsaktionen gewarnt werden. Sozialisierung sei eine Sache des ganzen Volkes, nur in diesem Rahmen könne vorgegangen werden. Hge wies nach, daß das ökonomische Sozialisierungs-gesetz nicht weiter gehe als unser Reichsgesetz, sondern hinter diesem zurückstehe. Dr. Neurath hob hierauf mit harter Betonung hervor, daß er an keinen partikularistischen Sozialismus denke, er wolle sich nicht gegen das von der Nationalversammlung angenommene Sozialisierungs-gesetz wenden, glaube aber, von Sachsen aus, wo eine sozialistische Volksmehrheit bestehe, müsse ein Druck für die Sozialisierung unserer Gesamtwirtschaft ausgehen. Arbeitsminister Genosse Schwarz erläuterte an Beispielen die wirtschaftliche Lage in Sachsen, die uns nötige, die traurige Praxis zu berücksichtigen, wenn der Sozialisierungs-gedanke sich siegreich durchsetzen sollte. Ministerpräsident Genosse Gradnauer sagte sich in seinem Schlußwort dahin zusammen, daß die Aussprache anregend und lehrreich gewirkt habe. Er wünsche, daß auch in der Agitation „draußen“ die Sachlichkeit mehr als bisher gewahrt werde, damit der Zusammenfassung aller sozialistischen Kräfte kein weiteres Hindernis bereitet werde. Die sächsische Regierung werde alles tun, um die Verwirklichung des Sozialismus tatkräftig zu fördern.

Parteilandschaft. In unserem gestrigen Bericht von der Parteilandschaft in ein Verbum enthalten. Genosse Haack hat nicht „landvolklich“ sondern die radikalen Forderungen vertreten.

Letzte Nachrichten.

70 Kinder bei einer Panik erdrückt.

Gleiwitz, 24. März. Die „Ober-sächsischen Volksstimme“ meldet, die hiesige katholische Mission für Mädchenkinder veranstaltete heute nachmittag im Stadgarten eine Kinderversteigerung, die hier beschuldigt war. Aus bisher unauzgeklärter Ursache entstand beim ersten Akt auf der Bühne ein Feuer. Der „Feuer“-Auffall löste unbeschreibliche Panik aus. Alle stürzten den Ausgängen zu. Dadurch haute sich die Menge der Kinder, auch stürzte die Treppe unter dem Druck ein. Eine große Zahl von Kindern wurde getötet und verletzt.

Wie der „Ober-sächsischen Wanderer“ meldet, besaß sich die Zahl der toten Kinder auf rund 70, die Zahl der Verletzten auf etwa 20.

Das deutsche Volk — Trunkenbold und miserables Vieh!

Wie die Deutschnationalen das Volk „lieben“.

Seitdem das deutsche Volk nicht mehr die Geduld besitzt, sich von den Reaktionsärsen knechten zu lassen, ist es mit deren Liebe zum Volke vorbei. Die wüsten Beschimpfungen des Volkes sind den abemaligen Ansehenherren noch nicht wußt genug. Man lese beispielsweise in der „Täglichen Rundschau“:

In dieser ungeschunden Stunde, die für Jahrhunderte über das Schicksal der Menschheit und aller Völker entscheidet, gibt es ein Volk, das nur für Streit, Triumph der Faust, Kino, Lingslangel, Aufschmeckluft, Dienstabte, Straßensraub, Massenmord und Revolution, Selbstzerstörung, Selbstveredelung Sinn und Leidenschaft hat — und das ist das Volk der Hohenshausen und Hohensollern, Luthers, Fichtes, Widmars, Hindenburgs.

Der Sinn für Selbstveredelung scheint allerdings in dem Subjekt der „Täglichen Rundschau“ — er unterzeichnet sich J. B. — sehr stark entwickelt zu sein. Er schreibt wenige Zeilen später:

... auch die Todfeinde ringsum merken es, und wir können es ihnen nicht einmal so sehr abel nehmen, daß sie dem im Dellrium zusammengesunkenen deutschen Trunkenbold Waffenstillstandstafeln anlegen usw. usw.

Zu J. B.'s Entschuldigung wollen wir annehmen, daß er mit dem „im Dellrium zusammengesunkenen Trunkenbold“ sich selber gemeint hat. — Auf einer ähnlichen Stufe der Seelenschwärmerei steht auch ein Flugblatt der Deutschnationalen Volkspartei, für das als die deutschnationalen Nationalversammlungsmitglieder A. Traub und Dr. Schiele am Kopf veranwortlich zeichnen. Dieses Flugblatt enthält einen Brief eines „Arbeiters“ (den offenbar irgend ein verachteter Leutnant oder Offizier verfaßt hat) an den Grafen Poldowski. Es ist dieser Tage in den südlichen Vororten Berlins von Haus zu Haus verbreitet worden. Der angebliche Arbeiter, der dort sein Herz ausschüttet, erzählt zunächst, daß es ihm unerträglich sei, von ehemaligen Handwerksgehilfen regiert zu werden, er verlangt Staatsmänner mit wissenschaftlicher Bildung. (Welches Maß von Stolz auf den eigenen Verus, aber pardon, es ist ja nicht der angebliche Arbeiter, sondern der verachtete Offizier, der das schreibt!) Weiter erzählt er, daß Oberst, Scheidemann, Koffe usw. nur Politiker geworden seien, weil sie „in der Probezeit keine Luß mehr zu schließlicher Anwesenheit hatten“. Die zwölf Millionen sozialdemokratischer Wähler bezeichnet der „Arbeiter“ etwa zwanzigmal in seinem Erguß als „Stimmviehhaufen“. Weiter schreibt er:

Die gewerbedürftigen sozialdemokratischen Agitatoren hatten ihrem Stimmvieh jahraus jahrein eingeredet: es brähe hervorragen gute Eigenschaften, die Revolution hat allen Völkern der Erde gebracht, daß dieses sozialdemokratische deutsche Stimmvieh von allergewöhnlicher, miserabler Qualität ist. Arbeitstüchtiges Vieh, das die Staatskassen systematisch plündern, zum Raub und Diebstahl nur leben will. Diese miserable Qualität des Stimmviehs trat sofort zutage, als es die alte mußerhafte Staatsordnung zertrümmert hatte.

... im Theater zu Weimar suchen nun die Scheidemann und Genossen ihrem Stimmvieh durch einen Phrosenschwanz neuen Mut wieder einzuschlagen usw. usw.

Der angebliche Briefschreiber klettert seinen Adressaten, den Grafen Poldowski, alles dieses in der Nationalversammlung zu sagen. Wir sind gespannt, ob Graf Poldowski den Mut haben wird, diese von seinen Fraktionskollegen Traub und Schiele ausgesprochenen Anurungen in der Nationalversammlung zu verlesen. — Jedenfalls zeigt sich, welche Haltung die deutschnationale Bande in Wirklichkeit vor dem Volk hat, das sie zu „lieben“ vorgibt.

Ihr „Charaktervoller Mann“.

„Freiheit“ gegen „Freiheit“.

Seitdem Herr v. Gerlach von seinem Posten als Unterhaushaltsekretär zurückgetreten ist, bezeichnet ihn die Berliner „Freiheit“ nicht mehr anders als den „Charaktervollen Mann“. Als wir uns jüngst einen kleinen Angriff gegen Herrn v. Gerlach erlaubten, wurden wir von der „Freiheit“ nicht abel angeblasen, weil wir den „Charaktervollen Mann“ angustalten wagten. Es gibt aber auch Leute, die anders denken. Da erscheint z. B. in Frankfurt a. M. eine andere „Freiheit“, die sich „Organ des revolutionären internationalen Proletariats“ nennt. Diese „Freiheit“ Nr. 2 urteilt über Herrn v. Gerlach folgendermaßen:

Es gibt in Deutschland Leute, die immer und schnell dabei sein müssen. Zu ihnen gehört Herr Helmuth von Gerlach, der seit 20 Jahren bei jeder politischen Premiere dabei ist wie Herr Alfred Hofsod bei jeder Idealtatlichen. Und zwar sitzt Herr von Gerlach, je nach der Saison, in den verschiedenen Logen.

Zuletzt mochte er in bürgerlichem Radikalismus, ward dann Homer des Herrn Scheidemann und schmeckte zuletzt den Geschmack des Sozialismus. Namenlich dieser guten Gesinnung hat es Herr von Gerlach zu verdanken, daß er unter der glorreichen Regierung Oberst-Scheidemann vom Zuschauertraum auf die Bühne steigen durfte.

„Freiheit“ Nummer 2 ist noch radikaler als „Freiheit“ Nummer 1. Diese ist unabhängig, jene partikularistisch. Herrn v. Gerlach hohe Charaktereigenschaften wecheln also mit der Vorsehung: in mehrheitsozialistischer oder partikularistischer Vorsehung sind sie unsichtbar, treten aber unter den Strahlen des unabhängigen Radikalismus dafür um so heller in Erscheinung. Ein Phänomen, wie der phänomenale Hella v. Gerlach überhaupt.

Sie protestierten — sie huldigten!

Zum alldeutschen Sudendorff-Nummel.

Sie sind Gemütskatheten, unsere Alldeutschen. Sie protestierten im Saal gegen die Raubzüge des französischen und englischen Militarismus — und dann huldigten sie unter freiem Himmel dem General Sudendorff.

Sie protestierten gegen die Annexion des deutschen Saargebiets durch Frankreich — und dann huldigten sie dem Manne, der das französische Erbreden von Longwy-Brick hatte annektieren wollen!

